



Stellungnahme
des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin –
zum EU-Klimaschutzziel 2030
und einer klimagerechten Ausgestaltung der Instrumente
zur Wiederbelebung der Wirtschaft

Die Corona-Krise mündet derzeit in eine Rezession, die in ihrem Ausmaß alle Wirtschaftseinbrüche in der Nachkriegszeit übertrifft und unzählige Menschen, Familien und Bevölkerungsgruppen in wirtschaftliche und soziale Not stürzt. Ohne Zweifel sind es diese Notleidenden, denen wir zuallererst unmittelbar und direkt helfen müssen, in Deutschland ebenso wie in ganz Europa und der Welt. Die katastrophalen Folgen der Corona-Pandemie dürfen uns aber nicht daran hindern, die zur Bewahrung der Schöpfung notwendigen Schritte zu gehen. Wir müssen das Leid der Menschen heute lindern, ohne die planetaren Lebensgrundlagen der heute jungen und der nachfolgenden Generationen und der Schöpfung insgesamt weiter zu gefährden. Auch ihr Leid und ihre Zukunft zählen.

Als Kirche unterstützen wird daher weiterhin alle Bemühungen, die Erderwärmung auf möglichst nahe 1,5°C zu begrenzen. Nur bei Einhaltung dieser Grenze werden die Auslösung weiterer Kippunkte unseres Klimasystems und die Verursachung irreparabler Schäden an Gottes Schöpfung vermieden. Weder für das 1,5°C - Ziel noch für das 2°C - Ziel ist es aber ausreichend, sich allein auf eine Klimaneutralität im Jahr 2050 zu verpflichten. Entscheidend für die Begrenzung der Erderwärmung ist vielmehr, wieviel Treibhausgase wir kumuliert emittieren und wann das noch vorhandene globale und das sich hieraus ableitende europäische CO₂-Budget endgültig erschöpft ist. Bei einer Emissionslage wie noch Anfang dieses Jahres wird dies schon in der nächsten Dekade der Fall sein. Die Zeit läuft uns davon.

Wir brauchen *jetzt* eine Anpassung der europäischen Klimaschutzziele für 2030 an das Pariser Klimaschutzabkommen, damit die dort genannten Temperaturzielmarken – sei es das 1,5°C-Ziel, sei es das 2°C-Ziel - noch erreichbar bleiben. Dafür müssen wir uns als Europäische Union dazu verpflichten, bis 2030 mindestens 55%, besser noch 60% oder mehr, unserer Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 zu reduzieren.

Leiter: Prälat Dr. Karl Jüsten

Auch Deutschland wird sein eigenes, noch aus der Zeit vor dem Pariser Klimaschutzabkommen stammendes Klimaschutzziel 2030 deutlich erhöhen müssen. Die sich hieraus ergebenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen sind immens und sie stellen sich in einer ohnehin sehr schwierigen Zeit. Ökonomie und Ökologie sind aber zwei Seiten derselben Medaille, wie Papst Franziskus 2015 in seiner wegweisenden Enzyklika *Laudato si'* eindrücklich ausgeführt hat.

Mit Sorge nehmen wir daher wahr, wie in der Diskussion um die Wiederbelebung der Wirtschaft nach den Corona-Shutdowns ein eigentlich überholt geglaubtes Argumentationsmuster wieder um sich greift, nach dem Klimaschutz vornehmlich eine wirtschaftliche Belastung darstelle und daher erst einmal hinter dem ohnehin belastenden Wiederaufbau zurückstehen müsse. Die hinter dieser Argumentation stehende Angst um wirtschaftliche Existenzen ist sehr nachvollziehbar. Wir dürfen sie aber nicht mit kurzsichtigen, nur scheinbar konstruktiven Antworten zu beruhigen versuchen. Adressieren müssen wir diese Angst mit dem Mut zur Umsetzung der Einsicht, dass Klimaschutz ein notwendiger integraler Bestandteil einer soliden, nachhaltig aufgestellten und auch noch für zukünftige Generationen Wohlstand generierenden Wirtschaft ist. Für eine solche Wirtschaft mit dann nachhaltigen Arbeitsplätzen müssen wir die Strukturen unserer Wirtschafts- und Lebensweise(n) an das uns in der Europäischen Union und in Deutschland noch zur Verfügung stehende CO₂-Budget anpassen. Nur so geben wir unseren wirtschaftlichen Existenzen heute und morgen ein solides Fundament.

Daher können und müssen wir *jetzt* die Weichen für die Entwicklung nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen stellen, die der heute jungen und allen nachfolgenden Generationen ein Leben in Würde auf einem gesunden Planeten ermöglichen. Die Wiederbelebung der europäischen Volkswirtschaften nach den Shutdowns der Corona-Krise gibt uns hierzu eine historische Gelegenheit. Sowohl die auf deutscher wie auch die auf europäischer Ebene zu beschließenden Konjunktur-, Investitions- und Recovery-Instrumente müssen daher gezielt so ausgestaltet werden, dass sie mit einer europaweiten Treibhausgasreduktion von mindestens 55%, besser noch 60% oder mehr, im Vergleich zu 1990 im Jahr 2030 konform sind und den zur Einhaltung des europäischen und deutschen CO₂-Budgets erforderlichen Umbau unserer Volkswirtschaften entscheidend voranbringen.

Unerlässlich für die Wirtschaft in dieser Phase des Umbaus sind aus diesem Klimaschutzziel ableitbare, klare, zeitlich planbare und verlässliche Klimaschutzvorgaben. Nur so können Unternehmen und Investoren bereits jetzt die notwendigen Anpassungsleistungen als wirtschaftliche Kalkulationsfaktoren berücksichtigen und sich nachhaltig aufstellen. Je weniger Treibhausgasemissionen wir dabei heute reduzieren, desto wahrscheinlicher wird es, dass wir zu einem späteren Zeitpunkt umso drastischere Reduktionen bewerkstelligen oder den Kampf gegen den Klimawandel verloren geben müssen. Teuer erkaufte Treibhausgasreduktionen werden so zu Fehlinvestitionen, die an Wert verlieren, je später sie vorgenommen werden.

Die Problemlösungs- und Innovationsfähigkeit des Menschen darf dabei nicht zur Begründung niedriger Klimaschutzziele herangezogen werden. Sie ist vielmehr der Grund dafür, dass wir uns heute hohe Klimaschutzziele setzen und diese auch erreichen können. Wir müssen Gottes Schöpfung die heute noch bestmögliche Chance auf Überleben geben. Nicht zu verantworten wäre es, hierfür auf noch nicht zur Verfügung stehende und potenziell schädliche technologische Innovationen zu vertrauen. Mit einem großskaligen Einsatz von ethisch fragwürdigen Negativen Emissions-Technologien können und dürfen wir für die Planung unserer Klimaschutzbemühungen nicht rechnen - schon ihr Potenzial ist umstritten, ebenso wie ihre Umsetzbarkeit. Vor allem aber setzt der Einsatz einiger dieser Technologien auf die Nutzung enormer Landflächen und würde absehbar zu Zielkonflikten mit einer Reihe anderer UN-Nachhaltigkeitsziele wie den SDG 1 und 2 (Armut und Hunger bekämpfen) und den SDG 14 und 15 (Erhalt und Wiederherstellung von Biodiversität) führen. Wir dürfen ein Problem nicht mit der Schaffung neuer, ebenso gravierender Probleme zu lösen versuchen.

Schließlich sollten wir uns auch nicht freikaufen von den Folgen unseres eigenen klimaschädlichen Verhaltens, von den von uns selbst gesetzten Ursachen und Treibern des Klimawandels. Die Nutzung solcher Hintertüren verführt dazu, mittel- und langfristig erforderliche Änderungen der eigenen Wirtschaftsstrukturen zugunsten kurzfristigen Gewinnstrebens aufzuschieben und Ressourcen falsch und mit potenziell ökonomisch fatalem Ergebnis einzusetzen. Dabei dürfen wir auch nicht vergessen, dass selbst die kostengünstigsten Treibhausgaseinsparungen nicht zwingend gleichzusetzen sind mit einer ökologisch nachhaltigen, sozial gerechten oder auch nur sozioökonomisch sinnvollen Verteilung der Lasten des Klimaschutzes. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten für die Benutzung der allgemeinen Umweltressourcen müssen, so schreibt auch Papst Benedikt XVI in seiner grundlegenden Enzyklika *Caritas in Veritate*, offen dargelegt sowie von den Nutznießern voll getragen werden und nicht von anderen Völkern oder zukünftigen Generationen.

Berlin, den 28. Mai 2020